

2024/II/Bil/5

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Extremismus an Hamburger Schulen bekämpfen - Politische Bildung in der Sekundarstufe ausbauen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert zu prüfen, wie die politische Bildung an Hamburger Schulen in der Sekundarstufe 1 erweitert und gestärkt werden kann, um die demokratischen und rechtlichen Grundsätze der Bundesrepublik zu verinnerlichen und den Extremismus insbesondere Rechtsextremismus bekämpfen. Zu diesem Zweck sollen folgende Punkte zur Umsetzung von der BSB geprüft werden:

1. An Hamburger Schulen wird der Unterricht zum Themenbereich Politik und Gesellschaft auf die gesamte erste Sekundarstufe ausgeweitet. Dieser Unterricht muss mindestens ab Klasse 7 in einem festen Unterrichtsfach vorliegen und wird unterstützt durch eine Erhöhung der Mindeststundenanzahl der Gesellschaftswissenschaften von 18 Stunden auf 22 Stunden. Davor müssen diese Unterrichtseinheiten in weiteren Fächern in den Unterricht integriert werden.
2. Die Lehrkräfte erhalten für ihren Unterricht von der Schulbehörde passende Materialien für eine aktive Aufklärung gegen extremistisches Gedankengut.
3. Die Schulbehörde stellt den Lehrkräften Workshops und Fortbildungen zum Thema Umgang mit und Aufklärung zu Extremismus zur Verfügung.
4. Die Lehrkräfte werden durch Expert*innen bei dem Umgang mit extremistischem Gedankengut an ihren Schulen aktiv unterstützt und diese Spezialist*innen werden gegebenenfalls auch bei schweren Fällen direkt an den Schulen mit eingebunden. Dazu schafft die Behörde gegebenenfalls neue Stellen.
5. Es werden Bildungstage oder eine Projektwoche zum Thema Extremismus verpflichtend einmal in der Schullaufbahn abgehalten. Diese müssen eine Auseinandersetzung mit den Folgen und Auswirkungen von Extremismus beinhalten aber auch der Erkennung, Verbreitung und der Gefährlichkeit der Weiterverbreitung beinhalten. Diese Einheiten können in Kongruenz zu den Bildungsmaßnahmen zu den Sozialen Netzwerken erfolgen und müssen vor allem auf die Demokratiebildung der Schüler*innen fokussiert sein.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft